

There ARE problems in Bavaria

Abschottung, Isolierung und Schnellverfahren: All das wird als bayerische Spezialität in den Abschiebelagern in Bamberg und Manching/Ingolstadt praktiziert. Nun haben Geflüchtete aus der Ukraine gegen diese Zustände eine Petition gestartet und das Gespräch mit dem bayerischen Innenminister Joachim Herrmann gesucht. Ein Zusammenschluss von Agnes Andrae und Tom Reiss.

*In Bamberg und Ingolstadt/Manching gibt es seit Herbst 2015 die sogenannten Ankunfts- und Rückführungseinrichtungen (ARE). Ziel der Bayerischen Regierung ist es, dort Menschen, denen eine „schlechte Bleibeperspektive“ unterstellt wird, möglichst schnell zur „freiwilligen Ausreise“ zu drängen oder abzuschicken. Dies wird umgesetzt, in dem die Menschen in den AREs physisch und psychisch zerstört werden. Durch Schnellverfahren, erschwertem Zugang zu Rechtsberatung und Anwäl*innen sowie Leistungskürzungen, wird außerdem verhindert, dass Geflüchtete überhaupt die Chance haben, ihre Rechte und ihre Fluchtgründe geltend machen zu können.*

Die Regierung argumentiert hier mit der Begründung der „schlechten Bleibeperspektive“. Diese ist weder rechtlich definiert, noch ist gesetzlich festgelegt, dass Geflüchtete mit „schlechter Bleibeperspektive“ in Abschiebelagern untergebracht werden können. Allen Menschen aus bestimmten Ländern eine „schlechte Bleibeperspektive“ zu unterstellen, widerspricht auch dem individuellen Asylrecht.

Geflüchtete aus der Ukraine haben nun eine Petition gegen die Zustände in den AREs und die Beschneidung ihrer Rechte gestartet.

**Petition:
Keine Diskriminierung von Flüchtlingen
aus der Ukraine!**

Wir sind Asylbewerber*innen aus der Ukraine, die in dem Abschiebelager in Ingolstadt untergebracht sind und wollen die Bundesregierung und die Bevölkerung dieses Landes auf unsere desaströsen Lebensbedingungen hinweisen.

Menschen in den AREs werden physisch und psychisch zerstört

Viele von uns leben hier seit mehreren Jahren in metallenen Containern, obwohl das Gesetz nach §47(1) Absatz 1 AsylG besagt, dass eine Person nicht länger als sechs Monate in diesen Aufnahmeeinrichtungen bleiben sollte. Die ARE (Ankunfts- und Rückführungsein-

richtung) ist offiziell eine Art Aufnahmeeinrichtung. Daher sollte es möglich sein, diese ARE-Unterkünfte nach sechs Monaten zu verlassen. Um das Gesetz zu umgehen, wurde der Status der ARE-Unterkunft in Ingolstadt zur Gemeinschaftsunterkunft (GU) geändert. Nach sechs Monaten wurde in unseren Aufenthaltsgestattungen „ARE“ einfach in „GU ARE“ abgeändert. Die Menschen werden gezwungen, unter unmenschlichen Bedingungen für Jahre zu leben, sogar Frauen mit Kindern und Menschen mit ernsthaften gesundheitlichen Problemen oder Krankheiten.



Herzlich willkommen in Tutzing!
Heute erkläre ich Ihnen die Ziele und
Praxis der bayrischen
Integrationspolitik. Das geht schnell:
Ausgrenzung und Abschiebung!
Ihr bayrischer Abschiebeminister

*Sagen Sie jetzt einfach nichts,
Herr Herrmann*

Das Asylgesetz erwähnt ebenso nach §61 (1) AsylG, dass es Menschen nicht erlaubt ist zu arbeiten, solange sie in den „Aufnahmeeinrichtungen“ untergebracht sind. Aber nach §61 (2) AsylG ist es Menschen nach drei Monaten erlaubt zu arbeiten, obwohl die Ausländerbehörde ihre Erlaubnis dafür geben muss. Nach §47 AsylG sollte es uns erlaubt sein, die Aufnahmeeinrichtungen zu verlassen und Asylbewerber*innen sollte es erlaubt sein zu arbeiten. Aber dieses Recht gilt bis jetzt nur auf dem Papier, da alle bisherigen Anfragen nach einer Arbeitserlaubnis entweder abgelehnt wurden oder unbeantwortet blieben. Alle Versuche, eine Erklärung für das Verhalten der Mitarbeiter*innen der Zentralen Ausländerbehörden (ZABH) zu bekommen, waren erfolglos. Die einzige Antwort war, dass wegen der geringen Bleibeperspektive eine Arbeitserlaubnis nicht gestattet werden kann, da die Menschen sich in die Gesellschaft integrieren könnten und es so schwieriger wird, sie dazu zu bringen, Deutschland wieder zu verlassen. Inoffiziell heißt es, dass allen Flüchtlingen aus der Ukraine die Erlaubnis zu arbeiten oder zu studieren verweigert werden soll. Die vielen hundert Menschen, die dem Staat nicht auf der Tasche liegen wollen und keine Sozialhilfe beziehen wollen, werden so der Möglichkeit beraubt, sich selbst zu versorgen und unter angenehmen Umständen zu leben.

Viele Menschen, die hier leben, haben Verwandte in Deutschland, bei denen sie wohnen können. Aber die ZABH erlaubt dies nicht. Darüber hinaus verbietet sie es den Menschen, die Stadt zu verlassen, obwohl wir nach § 59a (1) AsylG nach drei Monaten in diesem Land das Recht haben, uns frei bewegen zu dürfen. Es gibt nur eine Ausnahme: Während der Zeit in der „Aufnahmeeinrichtung“ musst du dich nach §56 (1) AsylG in dem Gebiet der für dich zuständigen Ausländerbehörde aufhalten. Allerdings sollten wir nach § 47 AsylG nicht länger als sechs Monate in der Aufnahmeeinrichtung verbleiben, schließlich [sollten wir] nach sechs Monaten das Recht auf Freizügigkeit haben. In unseren Aufenthaltsgestattungen steht jedoch immer noch, dass wir Ingolstadt nicht verlassen dürfen.

Ständig hören wir in den Nachrichten von Integration von Flüchtlingen, aber für uns ist das bloß leeres Gerede. Für Flüchtlinge aus der Ukraine ist keine Integration vorgesehen und Sprachkurse sind verboten, da Flüchtlinge aus der Ukraine nur eine

„geringe Bleibeperspektive“ haben, so die Ausländerbehörde. Trotz der Tatsache, dass in unserem Land Krieg herrscht, werden Menschen zurückgeschickt, [egal], aus welchen Gründen sie aus ihrem Heimatland geflohen sind.

Dies ist nur ein kleiner Teil der Probleme, die wir hier erfahren haben und wir glauben, die deutschen Bürger*innen sollten darüber Bescheid wissen, da die Regierung sich in Schweigen hüllt. Wir wollen gleiche Rechte für alle Menschen, egal woher sie kommen.

Für Flüchtlinge aus der Ukraine ist keine Integration vorgesehen

Wie wir bereits in unserer Petition geschrieben haben, gibt es keine rechtliche Grundlage, Asylbewerber*innen aus der Ukraine in ARE-Unterkünfte unterzubringen. Dennoch wird dies in Bayern schon seit über einem Jahr gemacht. Mit dem neuen Gesetz (Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht) plant die Bundesregierung, Flüchtlinge mit „geringer Bleibeperspektive“ zu zwingen, zwei Jahre in diesen Aufnahmeeinrichtungen zu verbringen, wo sie isoliert sind, nicht arbeiten dürfen und schlechten Zugang zu Sozial- und Rechtsberatung haben. Aber im neuen Paragraphen §47 (1b) AsylG steht, dass Flüchtlinge in den Aufnahmeeinrichtungen bis zur Entscheidung über ihren Asylantrag bleiben müssen, falls der Asylantrag als „unzulässig“ oder „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt wird. In der Regel werden die Asylanträge von Flüchtlingen aus der Ukraine allerdings mit „unbegründet“ abgelehnt. Demnach sollte das Gesetz für Asylbewerber*innen aus der Ukraine lediglich gelten, bis sie eine Entscheidung über ihren Asylantrag bekommen haben.

Fragen, die uns beschäftigen:

- Wir wollen in Unterkünften leben mit menschlichen Lebensstandards, nicht in Abschiebelagern, die wie Knäste sind.
- Wir fordern eine Arbeitserlaubnis.
- Wir fordern Zugang zu Deutschkursen.
- Wir hätten gerne die medizinische Versorgung, die wir brauchen.
- Wir wollen ein faires Asylverfahren und das Recht zu bleiben.

Zu finden auf der Internetseite [change.org](https://www.change.org)

*Am 16. Juni 2017 war der bayerische Innenminister nach Tutzing geladen, um dort auf der Sommertagung „Was heißt eigentlich Integration“ der evangelischen Akademie über „Ziel und Praxis bayerischer Integrationspolitik“ zu sprechen. Rund 100 Personen haben gegen seinen Auftritt demonstriert. Außerdem wurde er mit der Petition und den Anliegen der Geflüchteten konfrontiert. Oleg Skorba ist einer der Initiator*innen der Petition. Er und seine Familie sind vor einem Jahr vor dem Krieg in der Ukraine geflohen. Sie suchen Schutz in Deutschland, weil sie nicht töten und nicht sterben möchten. Aber es gibt kaum realistische Chancen für sie, als Geflüchtete in Deutschland anerkannt zu werden. Deswegen fristen sie ihr Dasein in einem ARE-Lager in Ingolstadt – abgeschottet von der Außenwelt, ignoriert von Politik und Gesellschaft. Oleg Skorba entschloss sich dazu, sein Anliegen dem bayerischen Innenminister persönlich vorzubringen – im Folgenden schildert er sein Treffen mit ihm.*

Mein Treffen mit Joachim Herrmann. Übersetzung aus dem Englischen von Tom Reiss

Mein Name ist Oleg Skorba. Seit ich am Krieg in der Ukraine teilgenommen habe (von Februar 2015 bis April 2016), leide ich unter einer posttraumatischen Belastungsstörung und psychischen Problemen. Ich gehe regelmäßig zum Psychiater und bin auf Psychotherapie angewiesen. Mein neunjähriger Sohn Bendzhamin leidet seit meiner Beteiligung an dem Krieg ebenfalls an PTBS und anderen psychischen Problemen. Er besucht einen Psychiater in den Sankt-Elisabeth-Kliniken in Neuburg. Meine gesamte Familie (zwei Erwachsene und drei Kinder) lebt seit dem 26.05.2016 im Lager. Weil meine Familie keine Aufenthaltserlaubnis hat, haben wir kein Recht auf Integrations- oder Deutschkurse. Es gibt keine Hoffnung für uns, in Deutschland als Geflohene anerkannt zu werden oder Schutz zu erhalten. Infolgedessen wird unsere psychische Verfassung immer schlimmer. Statt in die deutsche Gesellschaft integriert zu werden, wurden wir wie Kriminelle in das ARE-Lager gesteckt, damit die deutsche Gesellschaft von uns abgeschirmt ist. Diese soziale Isolation führt dazu, dass unsere Kinder sich antisozial verhalten – sie werden immer aggressiver und brechen alle möglichen Regeln, was zu Problemen mit der Polizei führt und auch in Zukunft führen wird.

Unsere psychische Verfassung wird immer schlimmer

Um diese Situation zu verändern, haben andere Ukrainer*innen und ich uns dazu entschlossen, eine Petition zu schreiben und sie Herrn Joachim Herrmann, dem bayerischen Innenminister, während einer Konferenz zur Flüchtlingsintegration in Bayern zu übergeben.

Joachim Herrmanns Rede auf dieser Konferenz war sehr ermutigend, und auch politisch sehr erfolgreich, da er darüber sprach, welche große Aufgabe vollbracht sei und wie es mit der Integration Asylsuchender in Bayern weitergehen solle. Leider hatte die Rede nichts mit der tatsächlichen Situation ukrainischer Asylsuchender in Ingolstadt zu tun. Ich würde hier gerne einige seiner Aussagen, meiner Fragen und seiner Antworten auf meine Fragen zitieren:

Herrmann: „Wir sollten keine Parallelgesellschaften erschaffen, indem wir Asylsuchende eines Herkunftslandes in einer Unterkunft unterbringen; so vermeiden wir Kriminalität und den Ausschluss dieser Menschen von Integrationsmöglichkeiten in die deutsche Gesellschaft.“

Oleg Skorba: „In Ingolstadt haben Sie vier Lager für Asylsuchende geschaffen; in jeder wohnen Menschen jeweils einer Nationalität, wie in Ghettos. Menschen dürfen dort nicht Deutsch lernen, sie dürfen nicht zur Schule gehen, und es

gibt keine Integrationsprogramme. Als Folge all dessen kommt beinahe jeden Tag die Polizei, wegen der vielen Kriminalität und weil deutsche Gesetze gebrochen werden. Wieso haben Sie diese Parallelgesellschaften in Ingolstadt geschaffen?“

Herrmann beantwortete diese Frage nicht.

Herrmann: „Alle Asylsuchenden sollen Deutsch lernen und Integrationskurse besuchen.“

Skorba: „Ich habe beim BAMF die Berechtigung für einen Deutsch- und Integrationskurs beantragt. Ich bekam die Antwort, dass aufgrund meiner geringen Bleibeperspektive es keinen Grund gäbe, mir einen Integrationskurs anzubieten.“

Herrmann: „Die Situation bezüglich Deutschkursen muss ich prüfen.“

Herrmann: „Wir sorgen und kümmern uns um alle Asylsuchenden in Bayern.“

[Skorba: „Ich wurde in der Ukraine in den Kriegsdienst eingezogen, in eine Anti-Terror-Kampagne; nach 14 Monaten im Krieg wurde ich wieder aufgefordert, weiter am Krieg teilzunehmen. Im ganzen Land konnte ich mich nicht vor dem Einzug verstecken, deshalb floh ich nach Deutschland, um Asyl zu suchen. Ich wollte keine Soldat*innen töten, und ich wollte keine Zivilist*innen töten, aber das BAMF entschied, dass es kein Problem gibt. Ich habe Einspruch eingelegt und es sieht danach aus, als würde ich etwa eineinhalb Jahre auf die Entscheidung des Gerichtes warten müssen. Warum gibt es für Ukrainer*innen keine Chance auf Asyl und keinen Schutz? Gibt es irgendwelche Integrationsprogramme für Menschen wie mich, die bis zu drei Jahre in Deutschland bleiben?“

Herrmann: „Die Ukraine ist ein großes Land, viel größer als Deutschland. Wir können nicht alle hier aufnehmen. Gehen Sie zurück in die Ukraine und finden Sie dort einen sicheren Ort zum Leben.“

Um es zusammenzufassen: Herrmann hat meine Fragen vollkommen ignoriert und akzeptiert die aktuelle Situation ukrainischer Asylsuchender, die bis zu drei Jahre in abgeschirmten Ghettos leben.

Seit 2015 müssen in den AREs vor allem Menschen aus den Westbalkanstaaten und der Ukraine auf ihre Abschiebung warten oder sich zur „freiwilligen Ausreise“ bereit erklären. Eigentlich wollte die Bayerische Staatsregierung an der Außengrenze ein Pendant zum Flughafenasylverfahren einrichten, dies ist aber politisch nicht durchsetzbar. Deshalb entwickelte sie das Konzept der ARE. Mit den Transitzentren wurde dieses Konzept nun weiter ausgebaut (siehe Artikel in dieser Ausgabe). Seit Kurzem werden nun auch Menschen aus Nigeria nach Manching/Ingolstadt eingewiesen. Vieles deutet auch darauf hin, dass Zuweisungen von Geflüchteten aus Afghanistan nach Ingolstadt/Manching in Bälde passieren werden. Diese Praxis unterschlägt nicht nur das individuelle Recht auf Asyl. Vielmehr werden hier Menschen fernab von Beratung und Unterstützung in menschenunwürdigen Zuständen zermürbt. Folglich: There ARE big problems in Bavaria...<